

Newsletter Nummer 16/2024: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Kreistags am 17. Dezember 2024 in Sinsheim

Die Verabschiedung des Kreishaushalts für das Jahr 2025, die Einrichtung neuer Bildungsgänge an den kreiseigenen Schulen, das Ausscheiden eines Kreisrats und der Öffentliche Personennahverkehr standen auf der Tagesordnung der Zusammenkunft im Jahr 2024.

Zu Beginn gab es einen Wechsel im Kreistag: Kreisrat Jürgen Kappenstein, Ketsch/CDU, hat aus gesundheitlichen Gründen sein Ausscheiden aus dem Gremium beantragt.

Für ihn wurde Sarina Klein aus Schwetzingen verpflichtet, nachdem Ersatzbewerber Bernd Kieser aus Brühl mit Verweis auf seine Tätigkeit als Gemeinderat verzichtet hat. Mit diesem Wechsel ging auch die Neubesetzung verschiedener Gremien einher.

Im nächsten Tagesordnungspunkt lehnten die Kreisrätinnen und Kreisräte den Antrag der AfD-Fraktion ab, „das Ziel aufzugeben, die weitgehende Klimaneutralität im Gebäudebestand des Rhein-Neckar-Kreises bis zum Jahr 2035 zu erreichen“.

Außerdem stimmte der Kreistag der Einrichtung neuer Bildungsgänge an den kreiseigenen Berufsschulen zu:

- der Einrichtung des Bildungsganges „Technisches Gymnasium, dreijährige Aufbauform mit Schwerpunkt Gestaltungs- und Medientechnik“ an der Ehrhart-Schott-Schule Schwetzingen mit Beginn des Schuljahres 2025/2026 sowie
- der Einrichtung des Bildungsgangs „Ausbildungsvorbereitung (AV)“ mit Beginn des Schuljahres 2025/2026 an der Albert-Schweitzer-Schule Sinsheim und mit
- Beginn des Schuljahres 2026/2027 an den weiteren Beruflichen Schulen des Kreises, der Friedrich-Hecker-Schule Sinsheim, der Hubert-Sternberg-Schule Wiesloch und der Louise-Otto-Peters-Schule in Wiesloch und Hockenheim.



Krebsbachtalbahn

Danach beschäftigte sich Kreistag mit dem ÖPNV im Landkreis: Er nahm den Sachstandsbericht zur Krebsbachtalbahn zur Kenntnis und stimmte dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem Landkreis Heilbronn sowie der Albtal-Verkehrsgesellschaft mbH über die Planung der Leistungsphasen 1 bis 4 nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure des Projektes auf der Grundlage des Planfalls „Mitfall E“ zu – vorbehaltlich der Übernahme des Kostenanteils durch die Stadt Neckarbischofsheim.

Kreisrat Frank Volk führte in seiner Stellungnahme für die Freien Wähler hierzu aus, dass der Ausbau der Krebsbachtalbahn für viele im Rhein-Neckar-Kreis vergleichsweise unbedeutend sein mag, spiele er sich doch ganz im Südosten unseres Landkreises und überwiegend sogar im Landkreis Heilbronn ab.

Der schienengebundene Personennahverkehr sei jedoch mit Hinblick auf das Ziel „Klimaneutralität“ von sehr großer Bedeutung, ja, die Schiene sei der wichtigste Faktor bei der Mobilitätswende.



Für viele Einwohnerinnen und Einwohner an der Bahnstrecke Meckesheim – Untergimpeln ergebe sich eine deutliche Angebotsverbesserung. Auch für den Streckenabschnitt Neckarbischofsheim-Nord nach Helmstadt schein sich eine zufriedenstellende Lösung zu ergeben.

Die Infrastruktur werde im Zuge dieses Projektes durch die durchgängige Elektrifizierung deutlich verbessert. Es seien allerdings auch Baumaßnahmen erforderlich, so müssten Bahnsteighöhen angepasst werden und in Eschelbronn gar ein Kreuzungsbahnhof gebaut werden.

Die auf den Kreis entfallenden Kosten in Form eines Zuschusses an die Stadt Neckarbischofsheim in Höhe von derzeit geschätzten 3,2 Millionen € scheinen der Höhe nach als absolut gerechtfertigt, insbesondere wenn man es mit anderen Projekten - z.B. dem Radweg in Adersbach - vergleiche.

Frank Volk brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass es den Kommunen in diesen finanziell schwierigen Zeiten gelingt, die jeweiligen Kostenanteil zu stemmen, denn nur dann komme das Projekt zustande.

Haushalt 2025

Zu Schluss der Sitzung stand noch die Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2025 an. Landrat Stefan Dallinger bat die Kreisrätinnen und Kreisräte, dem geplanten Kreishaushalt für das Jahr 2025 und dem geplanten Haushalt der Freiherr von Ulner'schen Stiftung sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bau, Vermögen und Informationstechnik des Rhein-Neckar-Kreises zuzustimmen. Das Gesamtvolumen der genannten Haushalts- bzw. Wirtschaftspläne 2025 liegt bei knapp 999 Millionen Euro.

Fraktionsvorsitzender John Ehret nahm für die Freien Wähler Stellung. Seine Ausführungen geben wir im folgenden im Wortlaut wieder:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Gäste,



heute stehen wir vor der Aufgabe, den Haushalt des Rhein-Neckar-Kreises für das kommende Jahr zu beschließen – ein Haushalt, der bekanntermaßen unter besonderen Vorzeichen steht.

**„Die Frage ist nicht, was die Zukunft bringt.
Die Frage ist, was wir aus der Zukunft machen.“**
(Henry Ford – Automobilproduzent)

Lassen Sie mich für die Freie Wähler Fraktion Anmerkungen zum Haushalt 2025 nach den bekannten Schlüsselpositionen gliedern:

Schulen, Kultur und Sport

Der Rhein-Neckar-Kreis leistet seit Jahren hervorragende Arbeit im Bildungsbereich. Unsere beruflichen Schulen sowie die vier SBBZ an den insgesamt sieben Standorten in Eberbach, Hockenheim, Ladenburg, Schwetzingen, Sinsheim und Weinheim sind ein unverzichtbarer Teil der Bildungslandschaft und ergänzen das Angebot der Städte und Gemeinden vorbildlich. Sie bieten Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit, qualifizierte Schulabschlüsse zu erreichen, und tragen wesentlich zur Chancengerechtigkeit in unserer Region bei.

Ebenso möchten wir die Umsetzung der Inklusion an den vier Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren des Kreises sowie die Kooperation dieser Zentren mit anderen Schulen in der Region besonders hervorheben.

Wir sind überzeugt: Junge Menschen mit Lernbarrieren und Behinderungen verdienen unsere volle Unterstützung. Es ist unsere Aufgabe als Gesellschaft, ihnen

die bestmöglichen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben zu bieten. Die Freien Wähler stehen geschlossen hinter diesem Ansatz und unterstützen die umfassenden Maßnahmen des Kreises in diesem Bereich.

Wir danken ausdrücklich allen Mitarbeitenden in Schulleitungen, Lehrkräften, Schulsozialarbeitern und weiteren Beschäftigten für ihr Engagement und die hervorragende Arbeit an unseren Bildungseinrichtungen.

Nun zu Kultur und Sport – sind tragende Säulen unserer Gesellschaft!

Kultur und Sport sind mehr als nur Freizeitaktivitäten. Sie sind essenzielle Bestandteile unseres gesellschaftlichen Lebens und wichtige Katalysatoren für Zusammenhalt und Identifikation. Seit jeher zählen sie zu den Kernbereichen freiwilliger Leistungen des Rhein-Neckar-Kreises.

Gerade bei einer sehr angespannten Haushaltslage müssen wir uns bewusst machen, welche Bedeutung diese Bereiche haben. Kultur und Sport bringen Menschen zusammen, schaffen gemeinsame Erlebnisse und stärken das Miteinander. Deshalb setzen wir Freien Wähler uns dafür ein, dass die notwendigen Mittel in diesen Bereichen erhalten bleiben.

Wir wissen, dass es in schwierigen finanziellen Zeiten nicht leichtfällt, Prioritäten zu setzen. Aber es darf nicht passieren, dass Kultur und Sport „unter die Räder“ kommen. Wir danken allen ehrenamtlich Tätigen, die durch ihren Einsatz im Bereich von Kultur und Sport einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Ihr Engagement ermöglicht Projekte, die ohne sie nicht denkbar wären – und genau davon lebt unsere Gemeinschaft.



Ein weiteres wichtiges Thema, das ich heute ansprechen möchte, ist die Sportförderung im Rhein-Neckar-Kreis.

Der Rhein-Neckar-Kreis ist weiterhin gut unterwegs, wenn es um die Unterstützung des Sports geht. Dieses Engagement wurde von den Sportkreisen anerkennend hervorgehoben – ein Beleg dafür, dass unsere Maßnahmen ankommen und Wirkung zeigen.

Natürlich sind wir uns bewusst, dass in Zeiten knapper Kassen grundsätzlich alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gehören. Dennoch darf dabei eines nicht außer Acht gelassen werden: Gewachsene soziale Strukturen und das wertvolle ehrenamtliche Engagement, das den Sport in unserem Kreis trägt, dürfen nicht unnötig beeinträchtigt werden.

Daher begrüßen wir auch die Entscheidung, die Sportförderung auch im Jahr 2025 beizubehalten – wenngleich mit einer Kürzung um 10 %, wie schon im Vorjahr. Dieser Ansatz zeigt, dass wir verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen und gleichzeitig dem Sport die notwendige Unterstützung gewähren.

Positiv ist zudem die einvernehmliche Verteilung der Mittel in enger Kooperation mit den Sportkreisen. Dieser kooperative Ansatz stärkt nicht nur die Akzeptanz, sondern auch die Wirksamkeit unserer Maßnahmen.

Die Freien Wähler werden auch weiterhin dafür einstehen, dass Schulen, Kultur und Sport im Rhein-Neckar-Kreis ihren festen Platz haben und mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden.

Jugendamt

Der Bereich der Jugendhilfe im Rhein-Neckar-Kreis steht weiterhin vor erheblichen finanziellen und strukturellen Herausforderungen. Mit 120 Millionen € ist der Ergebnishaushalt für das Jahr 2025 erneut gestiegen, wenn auch mit einer moderaten Steigerung von drei Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Die Mehrerträge von rund 5,2 Millionen €, die hauptsächlich auf höhere Kostenerstattungen des Landes nach dem Unterhaltsvorschussgesetz und die längst überfällige Anpassung der Elternbeiträge für die Tagespflege zurückzuführen sind, reichen bei weitem nicht aus, um die zusätzlichen Aufwendungen von 12,2 Millionen € zu decken.

Die Hauptverursacher sind einmal mehr die steigenden Transferaufwendungen, insbesondere im Bereich der individuellen Hilfen für junge Menschen und ihre Familien sowie bei den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz – beides Pflichtaufgaben gemäß SGB VIII. Hier wird die Dynamik von Fallzahlensteigerungen und höheren Leistungsentgelten im stationären und teilstationären Bereich besonders deutlich.

Leider müssen wir anerkennen, dass der Kreis kaum Spielraum hat, diese Hauptursachen direkt zu beeinflussen. Die stetig steigenden Fallzahlen und die damit verbundenen Aufwendungen ziehen sich wie ein roter Faden durch den gesamten Haushalt und verdeutlichen die strukturelle Schieflage.

Im vergangenen Jahr hatten wir die Kreisverwaltung aufgefordert, den Personalaufwand in der Jugendhilfe kritisch zu prüfen. Es ist erfreulich, dass diese Prüfung offenbar gründlich stattgefunden hat. Während im Vorjahr noch ein Stellenzuwachs von über einundzwanzig Stellen geplant war, sehen wir in der aktuellen Haushaltsplanung eine deutlich moderatere Steigerung von drei Stellen. Diese zusätzlichen Stellen sind notwendig, um gesetzliche Ansprüche zu erfüllen, existenzsichernde Leistungen auszuführen und den Kinderschutz sicherzustellen – alles Aufgaben, die unmittelbar mit den steigenden Fallzahlen korrelieren.

Die Freien Wähler betonen seit Jahren, dass auch im Jugendhilfebereich der stetig steigende Zuschussbedarf eingedämmt werden muss. Gemäß unserem Leitsatz „Rhein-Neckar-Kreis – Mit Verantwortung in die Zukunft“ ist es unerlässlich, jedes Einsparpotenzial konsequent zu nutzen.

Wir sehen insbesondere drei Ansatzpunkte:

Ambulant vor stationär: Dieser Grundsatz muss noch strikter angewandt werden. Ambulante Lösungen sind oft nicht nur kostengünstiger, sondern auch effektiver für die betroffenen Familien.

Prävention stärken: Der weitere Ausbau niederschwelliger und präventiver Erziehungshilfen kann dazu beitragen, aufwändige und teure stationäre Maßnahmen zu vermeiden.

Kontinuierliche Personalbedarfsprüfung: Trotz der moderaten Stellenzuwächse müssen wir auch künftig jede neue Stelle kritisch hinterfragen und prüfen, ob alternative Lösungen möglich sind.

Der Bereich Jugendhilfe bleibt ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Verantwortung unseres Landkreises. Gleichzeitig müssen wir uns dem Spannungsfeld aus steigenden Anforderungen und begrenzten finanziellen Ressourcen stellen. Die Freien Wähler werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass diese Verantwortung mit Weitsicht und Kostenbewusstsein wahrgenommen wird.



Sozialetat

Mit einem Anteil von inzwischen 44 % am Gesamthaushalt erreicht der Sozialetat im Rhein-Neckar-Kreis - nach 43 % im letzten Jahr - erneut eine Rekordhöhe. Diese Entwicklung zeigt, wie tiefgreifend die finanziellen Herausforderungen in diesem Bereich sind. Zum einen steigen die Fallzahlen – ein Effekt des demographischen Wandels. Zum anderen nimmt der Aufwand pro Fall aufgrund von Inflation, Tarifsteigerungen und weiteren strukturellen Faktoren spürbar zu.

Die Zahlen sprechen eine negative Sprache: Der Nettoressourcenverbrauch in den Bereichen Soziale Hilfen sowie in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe steigt um insgesamt über 27 Millionen €. Besonders hervorzuheben ist die Eingliederungshilfe, die allein 136,7 Millionen € beansprucht und damit einen zentralen Schlüsselbereich darstellt.

Es ist wichtig zu betonen, dass es sich bei den meisten dieser Ausgaben um einklagbare Ansprüche handelt, die durch landes- und bundesgesetzliche Vorgaben vollständig untermauert sind. Hier lässt sich nichts „wegreduzieren“ oder streichen, ohne den gesetzlichen Verpflichtungen nicht mehr gerecht zu werden. Die strukturellen Ursachen dieser Steigerungen wurden von den kommunalen Landesverbänden, vom Landrat und von uns als Freien Wählern immer wieder klar benannt. Doch Änderungen können nur auf Landes- und Bundesebene erfolgen.

Diese Mehrkosten treffen nicht nur die Kreise, sondern zwingen zunehmend auch die Gemeindefinanzen in die Knie. Die erwähnten fast 30 Millionen € Mehrbedarf im Sozialetat entsprechen einem Äquivalent von 2,5 Prozentpunkten Kreisumlage – eine Belastung, die für viele Gemeinden kaum noch tragbar ist.

Ein kleiner, aber wichtiger Lichtblick ist die absehbare Einigung zwischen Land und Kreisen zur Verteilung der durch das Bundesteilhabegesetz bedingten Mehrkosten. Diese Entlastung, so bescheiden sie im Vergleich zur Gesamtsumme auch sein mag, stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar.

Wir möchten zudem die umsichtige Personalplanung im Zuständigkeitsbereich des Sozialausschusses positiv hervorheben. Hier wurde – trotz der enormen Herausforderungen – bedacht gehandelt, und die notwendigen Kapazitäten wurden ohne Übermaß geschaffen.

Der Sozialetat des Rhein-Neckar-Kreises steht für die soziale Verantwortung unseres Kreises, belastet jedoch zunehmend die finanzielle Handlungsfähigkeit. Wir appellieren daher erneut an Land und Bund, die kommunale Ebene durch strukturelle Reformen und eine bessere finanzielle Ausstattung zu entlasten.

GRN-Kliniken – Unser aktuelles Sorgenkind

Die Freien Wähler danken allen Mitarbeitenden des GRN-Konzerns für ihren engagierten Einsatz, der zu einer positiven Leistungsbilanz geführt hat. Besonders die Reduzierung der Leasingkräfte, die in der Vergangenheit eine Belastung darstellten, wird begrüßt.

Leider wird die positive Entwicklung der GRN durch die unterfinanzierte bundes- und landespolitische Gesundheitspolitik, insbesondere durch die Maßnahmen von Minister Lauterbach, gefährdet. Die chronische Unterfinanzierung der Krankenhäuser und die bundespolitischen Ziele, Krankenhausbetten abzubauen und Kliniken zu schließen, führen zu existenziellen Bedrohungen für viele Einrichtungen. Die anhaltende Schere zwischen Einnahmen und steigenden Kosten, etwa durch Tarifabschlüsse und Energiekosten, führt dazu, dass viele notwendige Leistungen wie Notfallambulanzen oder Behandlungen für Krebspatienten nicht mehr kostendeckend sind, was ein ethisches Dilemma erzeugt.

Die Reform der Krankenhausfinanzierung soll langfristig Abhilfe schaffen, jedoch sind kurzfristige Verbesserungen nicht zu erwarten. In dieser schwierigen Lage wird die bevorstehende Krankenhausreform große Umstrukturierungen der Krankenhauslandschaft mit sich bringen. Die Freien Wähler sehen in dieser Reform einen riskanten „Blindflug“ ohne ausreichende Machbarkeitsprüfungen, der hohe Kosten für den Wiederaufbau verursachen könnte, wenn bestehende Strukturen einmal zerstört sind.



Lobenswert ist jedoch, dass die Geschäftsführung der GRN bereits frühzeitig Vorarbeiten geleistet hat, um sich auf die Reform vorzubereiten. Die Freien Wähler setzen sich weiterhin für den Erhalt aller vier Standorte der GRN ein und betonen, wie wichtig es ist, ein tragfähiges Konzept zu entwickeln, um in der bevorstehenden Umstrukturierung erfolgreich zu bestehen.

Lieber Landrat und liebe Geschäftsführung wir stehen mit unserer Expertise und Kompetenz Ihnen hierbei gerne zur Verfügung. Wir sind bei den anberaumten Terminen im nächsten Monat gerne dabei.

Abschließend danken die Freien Wähler auch der sehr engagierten Geschäftsführung und nochmals allen Mitarbeitenden der GRN für ihre

hervorragende Arbeit und betonen ihr Engagement für eine funktionierende, wohnortnahe Patientenversorgung.

Umwelt und Verkehr

Die Herausforderungen des Klimaschutzes und der Mobilitätswende stehen weiterhin im Fokus unserer Arbeit. Als Freie Wähler stehen wir nach wie vor fest zum Ziel der Klimaneutralität. Es war jedoch wichtig und richtig, das bisherige enge Zeitkorsett zu überprüfen und realistische Anpassungen vorzunehmen.

Die ursprünglichen Planungen waren vor 2043 ohnehin nicht umsetzbar. Deshalb begrüßen wir die Entscheidung, die Zielsetzungen mit den bundesweiten Vorgaben in Einklang zu bringen. Dies schafft nicht nur mehr Planungssicherheit, sondern auch Ehrlichkeit gegenüber früheren Beschlüssen.

Dennoch gilt: Wir lassen uns nicht davon abhalten, schneller an der Zielerreichung zu arbeiten, wo immer es möglich ist.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns auf der Sensibilisierung und Bildung junger Menschen. Die Mittel für entsprechende Projekte an unseren Schulen sowie die

Förderung von Kooperationen bleiben daher unverzichtbar. Bildung ist ein Schlüsselfaktor, um eine breite gesellschaftliche Unterstützung für den Klimaschutz zu gewinnen.

Auch unsere Investitionen belegen, dass der Landkreis Klimaschutz ernst nimmt: Über 60 % der Verpflichtungsermächtigungen im Bereich Straßen- und Radwegebau fließen in das Radwegeprogramm. Dies ist ein klares Signal für die Förderung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität.

Mit Sorge betrachten wir jedoch die Kostenentwicklung im öffentlichen Nahverkehr. Hier stehen wir vor großen Herausforderungen, insbesondere angesichts der anstehenden Bündelausschreibungen. Wir erwarten von Land und Bund, dass sie ihrer Verantwortung nachkommen und höhere Finanzaufweisungen bereitstellen, um die gewünschten Mobilitätskonzepte überhaupt umsetzen zu können. Eine zukunftsfähige Mobilität darf nicht an unzureichenden Mitteln scheitern.

Hierbei spielen hoffentlich zukünftig auch On-Demand Konzepte als flexible Bedarfsverkehre, die in den ÖPNV eingebunden werden können, eine große Rolle und bringen eine hohe finanzielle Entlastung.

Unser Ziel bleibt klar: Klimaschutz und Mobilität müssen Hand in Hand gehen. Nur so sichern wir die Zukunftsfähigkeit unseres Rhein-Neckar-Kreises.

AVR

Ein kurzes aber positives Wort zu der AVR und ihrer vielfältigen Gesellschaften. Es läuft gut und ist finanziell stabil. Herzlichen Dank der Führungsgruppe um Hr. Eicker bzw. Fr. Deschner als auch ein großes Lob und herzliche Dankbarkeit im Namen der Kreisbürgerschaft den ganzen – dahinterstehenden – Männern wie Frauen, die die gute, unauffällige und geräuschlose Arbeit bzw. Herausforderungen tagtäglich verantworten bzw. meistern.

Finanzen - Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit

Für uns Freie Wähler bleibt der Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit des Kreises und seiner Gemeinden das zentrale Leitmotiv unseres politischen Handelns. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten wie diesen zeigt sich die Bedeutung dieses Grundsatzes in aller Deutlichkeit.

Die letzten Jahre waren geprägt von bewusst in Kauf genommenen Defiziten, die dazu geführt haben, dass die liquiden Mittel des Landkreises aufgebraucht sind. Die Mindestliquidität wurde dauerhaft unterschritten, eine Situation, die Sie, Herr Landrat, bereits im vergangenen Jahr treffend als „toxisch“ bezeichnet haben – eine Diagnose, die leider auch heute noch gilt.

Steigende Sozialleistungen, massive Einbrüche bei der Grunderwerbsteuer und die finanziellen Herausforderungen der GRN-Kliniken haben den Haushalt weiterhin ins

Ungleichgewicht gebracht. Die unausweichliche Konsequenz war eine Erhöhung der Kreisumlage, um die Mindestliquidität wiederherzustellen und einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen.

Vorangegangen waren viele grundlegende Diskussionen des Kreistags und dessen Ausschüsse über die Ausgestaltung des Haushalts und zur Festsetzung der Kreisumlage, die der Mitfinanzierung des Kreishaushalts durch die 54 Städte und Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises dient. Landrat Stefan Dallinger hatte bei der Einbringung des Haushaltsplans bei der Kreistagssitzung im Oktober 2024 noch eine Erhöhung der Kreisumlage um 5,25 Prozentpunkte auf 32,75 vorgeschlagen. Diese Erhöhung wurde insbesondere von den Bürgermeistern – aufgrund deren eigenen finanziellen, schlechten Haushalte - deutlich abgelehnt.



Wir Freien Wähler wissen, dass diese Ablehnung für die Kreisverwaltung schmerzhaft ist, doch es war unerlässlich, die Balance zwischen den Anforderungen des Landkreises und der Belastbarkeit der Gemeinden zu wahren. Inzwischen gab es neuere Entwicklungen in 2024 und verbesserte Planungen für 2025 und die Kreisverwaltung ist ein Schritt in die richtige Richtung auf die Kommunen mit einem reduzierten Ansatz der Kreisumlage zugegangen. Die intensive und stets faire Diskussion im Kreistag hat – auf unseren Vorschlag hin - zu einem fraktionsübergreifenden Kompromiss – zumindest von der Mehrheit der anwesenden Fraktionen - geführt: Ein Kreisumlagehebesatz von 31,25 %, der allen Beteiligten, zumindest etwas Luft zum Atmen lässt.

Dies stellt – aus unserer Sicht - einerseits die notwendige Finanzierung des Kreishaushalts mit erwartbar steigenden Kosten vor allem bei der Finanzierung der Sozialleistungen (Etats des Sozialamts und des Kinder- und Jugendamts) und der Gesundheitsversorgung (GRN Klinken mit den vier Standorten) sicher, begrenzt andererseits aber auch die weiteren finanziellen Belastungen der 54 Städte und Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis, die durch die steigende Kreisumlage zusätzlich finanziell gefordert werden.

Doch wir müssen auch kritisch hinterfragen: Wie lange bleibt der kommunalen Familie noch Luft zum Atmen? Die andauernde Gesetzgebung von Bund und Land, ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich, hat die Spielräume für die kommunale Selbstverwaltung erheblich eingeschränkt. Wenn Gemeinden ihre freiwilligen Leistungen wie BBB – nämlich Büchereien, Bäder oder Bürgerhäuser sowie Sporthallen oder auch Jugend-, Vereins- oder Ehrenamtsförderungen infrage stellen müssen, weil Pflichtaufgaben die finanziellen Ressourcen aufzehren, dann ist Artikel

28 Absatz 2 des Grundgesetzes – nämlich die kommunale Selbstverwaltung - ernsthaft in Gefahr.

Wenn dies so weitergeht, überlegen wir uns als Freie Wähler, im Interesse unserer Kreisbürgerschaft und unserer erneuten Wählerschaft eine Verfassungsbeschwerde zum Erhalt der kommunalen Rechte einzureichen. Immerhin sind wir aus dem diesjährigen Kommunalwahlkampf gestärkt hervorgegangen und haben uns von der dritten zur zweiten Kraft im Kreistag etabliert.

Investitionen in die Zukunft

Trotz der finanziellen Herausforderungen dürfen wir die Zukunft nicht aus dem Blick verlieren. Bis 2028 plant der Landkreis Investitionen in Höhe von 200 Millionen € – eine beachtliche Summe, die wir Freien Wähler ausdrücklich unterstützen.

Ob es um die Sanierung und Erweiterung der Polizeidirektion, den Neubau der GRN-Klinik in Sinsheim, Maßnahmen an unseren Schulen oder den Neubau im Stift Sunnisheim geht – diese Projekte sichern die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises.

In diesem Zusammenhang sei hier auch Herr Ralf Schmidt vom EBVIT lobend erwähnt. Ihnen Herr Schmidt als auch ihren ganzen engagierten Mitarbeitenden auch unseren herzlichen Dank. Machen sie weiter so. Auch Sie, Herr Fickinger und ihre Mannschaft. Digitalisierung und IT-Wesen braucht nicht nur das ganze Land, sondern auch der RNK mit seinen 54 Kommunen.

Natürlich ist die damit verbundene Verschuldung, die bis 2028 auf 180 Millionen Euro ansteigen wird, ein Wermutstropfen. Doch wir teilen die Auffassung der Verwaltung: Diese Investitionen schaffen Werte, die über Jahrzehnte Bestand haben. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist es daher sachgerecht, sie auch mit Krediten zu finanzieren.

Fazit

Die vorliegenden Haushaltsentwürfe sind ein Abbild der Herausforderungen, aber auch der Chancen, die vor uns liegen. Mit Augenmaß, Weitsicht und dem gemeinsamen Ziel, den Rhein-Neckar-Kreis zukunftsfähig zu gestalten, haben wir einen Haushalt erarbeitet, der den Anforderungen gerecht wird.

Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam daran arbeiten, dass der Rhein-Neckar-Kreis ein lebenswerter und wirtschaftlich starker Raum bleibt – für uns und für kommende Generationen.

In diesem Sinne tragen wir Verantwortung und stimmen den vorliegenden Haushalts- bzw. Wirtschaftsplänen für das Jahr 2025 zu.

Ich bedanke mich bei den Fraktionen – trotz oder auch wegen aller politischer Unterschiede – für das gute, konstruktive Miteinander im Kreistag.

Wir meinen, es war nicht immer leicht und einfach, im Sinne der Weiterentwicklung des Kreises einen Konsens zu finden. Aber ich finde, dass es uns dann doch gut gelungen ist. Der Respekt vor einander ist wichtiger Bestandteil unserer Kultur und muss unbedingt bei allen sachlichen unterschiedlichen Meinungen an erster Stelle stehen.

Wir Freie Wähler danken den Mitarbeitenden des Landkreises und der ganzen dazugehörigen Gesellschaften für ihre nicht immer einfache aber gute Arbeit.

Ihnen, Herr Landrat sowie ihrer unmittelbaren Führungsmannschaft möchte ich – auch im Namen der Fraktion - für den vertrauensvollen und kollegialen Umgang sowie der notwendigen Transparenz in ihrem Tun ganz herzlich danken.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.“

Aus der Metropolregion: Haushalt 2025

Am 11. Dezember 2024 beschloss die Verbandsversammlung der Metropolregion Rhein-Neckar den Haushalt für das Jahr 2025.

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktionsgemeinschaft der Freien Wähler Hans Zellner bezog zum Haushalt Stellung.

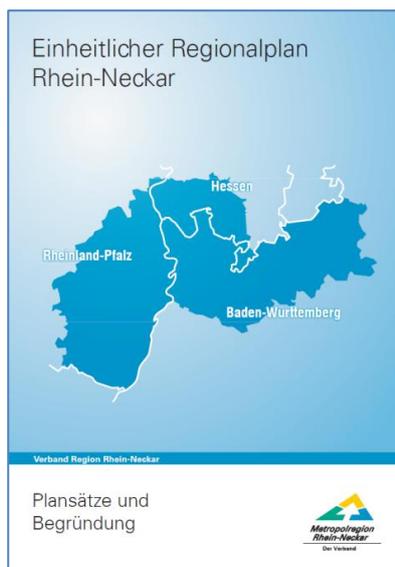
Die Vorberatungen des Haushalts hätten im Ältestenrat und Verwaltungsrat stattgefunden. Dabei seien sich alle einig gewesen, dass es im Wesentlichen Mittel Maßnahmen und Projekte geht, die bereits laufen.

An erster Stelle nannte er die Fortschreibung des Teilregionalplanes Windkraft und der Freiflächen-Photovoltaik. Hier würden die meisten Arbeits- und Personalkräfte des Verbandes in 2025 gebunden sein, denn der Zeitpunkt bis zur Fertigstellung rücke immer näher. Aller Voraussicht nach werde eine weitere Offenlage erforderlich. Man müsse verhindern, dass mangels einer Plangrundlage und eines Satzungsbeschlusses bis Ende September 2025 die Planungshoheit verloren geht. Dann wären überall Windräder möglich, auch da wo es keiner will! Das wäre das Worst-Case-Szenario!! Dies dürfe nicht eintreten.



Im Dezember 2023 die Verbandsversammlung die erste Änderung des Einheitlichen Regionalplanes zu den Teilkapiteln Wohnbauflächen und Gewerbliche Bauflächen beschlossen. Dabei seien den Gemeinden dringend notwendige Entwicklungsspielräume ermöglicht worden.

Er verstehe nicht, wieso dafür immer noch keine Genehmigung vorliegt. Eine Vertröstung auf eine mögliche Genehmigung auf das erste Halbjahr 2025 sei inakzeptabel, so Hans Zellner.



So werde das nichts mit der Wohnungsbauintiative der Bundes- und Landesregierung. Ohne Bauflächen keine Wohnungen – so einfach sei das.

Ein Thema war bisher und werde noch weit wichtiger für die Zukunft das Thema „Mobilität“. Im Rahmen des „Mobilitätspaktes Rhein-Neckar“ stünden Entscheidungen an, ebenso die Umsetzung des Verkehrsmanagementplanes. Deshalb müsse man das Ausschreibungsverfahren für die Erarbeitung des regionalen Verkehrsmodells dringend auf die Schiene setzen!

Apropos Schiene: Eine Herzensangelegenheit der Region sei die Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim-Karlsruhe. Hier diskutiere man seit Jahren. Sie schlummere weiter vor sich hin. Zu hoffen sei, dass für den nördlichen Teil Frankfurt-Mannheim nun endlich die parlamentarische Befassung auch in 2025 erfolgt. Bis

dann wirklich gebaut wird werde – auf der stark befahrenen Strecke – ohnehin Jahre vergehen. Dass der Bauabschnitt bis Mannheim ohne Berücksichtigung des zweiten Abschnitts erfolgen soll, gleiche einem Schildbürgerstreich. Nur bei einer Verknüpfung ergebe das Ganze einen Sinn.

Die Freien Wähler unterstützten die Fortführung des Modellvorhabens MORO für ein flächensparendes Bauen um auch weiterhin genügend Freiraumflächen unbebaut zu belassen. Man brauche diesen Flächendialog und er erhoffe sich von den drei Modellgemeinden neue Impulse .

Im Bereich der Wirtschaftsförderung solle der Arbeitskreis „Smart Region“ wieder halbjährlich tagen. Die Verknüpfung smarter, nachhaltiger Tourismus erfolge für die Gemeinde mit Tools zur Zusammenführung touristischer Daten.

Der derzeitige Regionalplan sei in die Jahre gekommen, erste Teilfortschreibungen seien erfolgt.

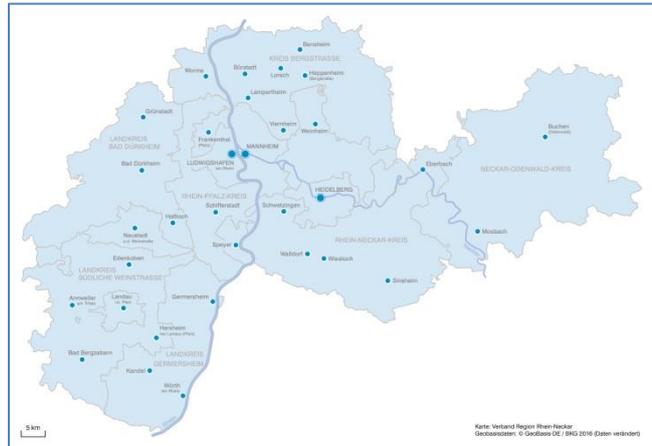
Die Verwaltung habe informiert, dass in 2025 erste Vorbereitungen für einen neuen Regionalplan erfolgen sollen. Damit seien die Freien Wähler einverstanden unter der Bedingung, dass zuvor die Fortschreibungen für Windenergie und Photovoltaik abgeschlossen werden. Dies habe erste Priorität.

Im nächsten Jahr werde die Metropolregion das zwanzigjährige Bestehen feiern. Ein Grund zurückzublicken und Ausschau zu halten. Wo stehen wir und vor

allem wo wollen wir hin? Was ist erreicht, was nicht? Was ist politisch möglich im Drei-Länder-Eck. Ein Fazit zu ziehen, dafür werde reichlich Gelegenheit sein auch bei der Festveranstaltung.

Ein großes Problem sei immer noch die Außenwirkung und der Bekanntheitsgrad der Metropolregion, so Hans Zellner.

Die Metropolregion sei nach wie vor das „unbekannte Wesen“ neben Städten, Kreisen, Regierungspräsidien rechtsrheinisch, Struktur- und Genehmigungsdirektionen linksrheinisch und Ministerien. Diese Erfahrungen mache man immer, wenn man mit Bürgern über die Zusammenkünfte und Aufgaben in der Metropolregion diskutiere. Der jährliche Stand auf dem Maimarkt und der BuGa seien gute Ansätze; reichten nicht aus.



Dem Informationsdefizit wollen die Freien Wähler mit mehr Öffentlichkeitsarbeit begegnen. Wir stellte er für die Fraktion folgenden Antrag:

„Die Metropolregion wird im Rahmen des zwanzigjährigen Jubiläums verstärkt und regelmäßig über die Aufgaben, Zuständigkeiten und Ziele der Metropolregion die Bürgerinnen und Bürger des Verbandsgebietes informieren. Neben eigenen Publikationen schlagen wir Informationen im monatlichen Rhythmus über „Aktuelles und Projekte der Metropolregion“ über die Amtsblätter der Kommunen vor. Neben den vorhandenen Personal-Ressourcen dürfte der Aufwand nach Aufbau eines geeigneten Mailverteilers relativ gering zu einem möglichen Mehrwert an Informationen sein und keinen nennenswerten Ansatz im Haushaltsplan 2025 darstellen.

Wir bitten um schnelle Umsetzung. Sofern ein Gremienbeschluss notwendig ist, bitten wir um Aufnahme auf die nächste Tagesordnung.“

Zur „Allgemeinen Finanzwirtschaft“ führte Hans Zellner aus, dass die Finanzen dank der guten Finanzlage des Verbandes noch geordnet seien. Nach der Übereinkunft aus 2018 – die Umlage stabil zu halten - könne die Liquidität in 2025 zur Abdeckung des ordentlichen Verlustes von 600.200 € abgeschmolzen werden. Das sei das letzte Mal, dass man auf die guten Rücklagen zurückgreifen könne. Die Restrücklage von 213.765 € sei notwendig um die Mindestrücklage von 200.000 € zu erhalten.

Eine gute Nachricht für die Städte und Kreise die die Umlage in 2025 finanzieren müssen.



Peter Riemensperger

*Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar*

Keine gute Nachricht für 2026, dann werde aller Voraussicht die Umlage ansteigen. Dies tue dann rechts- wie linksrheinisch den finanziell stark gebeutelten Gemeinden weh, bei der aktuellen Finanzlage.

Abschließend stimmte Hans Zellner für Fraktion der Freien Wähler der Haushaltssatzung zu.

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>

einzelne Fotos: Landratsamt Rhein-Neckar,
Grafiken: Verband Region Rhein-Neckar